

Genehmigt am 16. August 2001

Protokoll Nr. 38

Sitzung von Donnerstag, 5. Juli 2001, 17.30 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzender:

Präsident Christoph Stalder

Anwesend:

Michael Aebersold	Daniele Jenni	Beat Schori
Oskar Balsiger	Michael Jordi	Rolf Schuler
Peter Bernasconi	German Kalbermatten	Miriam Schwarz
Dieter Beyeler	Daniel Kast	Rudolph Schweizer
Margrith Beyeler	Blaise Kropf	Peter Sigerist
Peter Blaser	Andreas Krummen	Sylvia Spring Hunziker
Markus Blatter	Peter Künzler	Ernst Stauffer
Jsabelle Blunschy	Annemarie Lehmann	Michael Straub
Christine Bosshardt	Melanie Leskow	Barbara Streit-Stettler
Peter Bühler	Liselotte Lüscher	Ueli Stückelberger
Walter Christen	Edith Madl Kubik	Béatrice Stucki
Marie-Louise Durrer	Anton Maillard	Margrit Stucki-Mäder
Rudolf Friedli	Corinne Mathieu	Hans-Ulrich Suter
Thomas Fuchs	Christoph Müller	Katharina Suter
Verena Furrer-Lehmann	Philippe Müller	Max Suter
Hans Ulrich Gränicher	Rosmarie Okle Zimmermann	Margrit Thomet
Adrian Haas	Lydia Riesen	Eva von Ballmoos
Ueli Haudenschild	Heinz Rub	Catherine Weber
Kurt Hirsbrunner	Ursula Rudin-Vonwil	Thomas Weil
Ruedi Hofer	Erich Ryter	Kurt W. Weyermann
Stephan Hügli	Annemarie Sancar	Beat Zobrist
Natalie Imboden	Sabine Schärner	Andreas Zysset
Urs Jaberg	Doris Schneider	

Entschuldigt:

Raymond Anliker	Rolf Häberli	Irène Marti Anliker
Thomas Balmer	Esther Kälin Plézer	Barbara Mühlheim
Annette Brunner	Rudolf Keller	Ruth Rauch
Susanna Grundbacher	Mario Marti	

Vertretung des Gemeinderats:

Ursula Begert
Adrian Guggisberg
Kurt Wasserfallen

Entschuldigt:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Therese Frösch
Edith Olibet
Alexander Tschäppät

Traktanden

1.	Einbürgerungsgesuche vom 22. Mai 2001	95
2.	Ersatzwahl in die Geschäftsprüfungskommission	--
3.	Wahl des Vizepräsidiums der Reformkommission NSB	--
4.	Ersatzwahl in die Abgeordnetenversammlung des Spitalverbands (Pauli/Mäusli)	105
5.	Ausgliederung des EWB und der GWB zum selbständigen Gemeindeunternehmen „Städtische Werke Bern (SWB)“; Abstimmungsbotschaft (Schweizer/Guggisberg)	72
6.	Umbau der Kindertagesstätte (KITA) Gäbelbach; Baukredit (Weber/Guggisberg)	58
7.	Dringliche sicherheitsbedingte Erneuerung der Wasseranlage in der Kramgasse; Kreditaufstockung (Furrer-Lehmann/Guggisberg)	79
8.	Interpellation Fraktion GB, JA!, GPB (Natalie Imboden, GB): Wie sichert die Stadt Bern zusammen mit den lokalen Unternehmen ein qualitativ hochstehendes Angebot an familienexterner Kinderbetreuung? (Begert)	103
9.	Postulat Doris Schneider (GB): Koordination und Überprüfung der Tagesbetreuung von Kindern. Partizipativer Prozess (Begert)	80
10.	Interpellation Walter Christen / Ruedi Keller (SP): Wieviel wendet die Stadt Bern für Personen auf, welche Vollzeit arbeiten und die keinen existenzsichernden Lohn erhalten („Working Poors“)? (Begert)	85
11.	Interpellation Dieter Beyeler (SD): „Antifaschistischer Abendspaziergang“ vom 10. März 2001 (Wasserfallen)	98
12.	Interpellation Peter Bühler (SD): Wie lange will der Gemeinderat die Reithalle noch als „rechtsfreie Zone“ akzeptieren? (Wasserfallen)	54
13.	Interpellation Ueli Haudenschild (FDP): Übernahme der Kriminalpolizei durch den Kanton: Ist die Sicherheit in der Stadt Bern gewährleistet? (Wasserfallen)	74
14.	Interpellation Marcel Eyer (ARP): „Davos“-Protest in Bern (Wasserfallen)	53
15.	Interpellation Fraktion GB, JA!, GPB (Catherine Weber, GB): Repressionsmaschinerie gegen WEF-Gegnerinnen und –Gegner: Welche Rolle spielte die Berner Stadtpolizei? (Wasserfallen)	55
16.	Interpellation Fraktion CVP/ARP (Marcel Eyer, ARP): „Aus eins mach zwei“ oder warum einfach, wenn's kompliziert geht? (Wasserfallen)	84

Mitteilungen des Ratspräsidenten

Zur Putzaktion des Stadtrats vom 22. August 2001 hat sich bereits eine erfreuliche Anzahl Mitglieder gemeldet, weitere Anmeldungen sind noch möglich und erwünscht. Der Anmeldeschluss ist der 6. Juli.

Der Stadtratsausflug findet am 30. August 2001 statt. Die Einladung kommt im August. Der Ausflug beginnt ungefähr Mittags, der Morgen ist nicht beansprucht.

Traktandenliste

Traktandum 2 wird abgesetzt, da die Kandidatin, die von der SP/JUSO vorgeschlagen worden ist, ihre Bereitschaft zurückgezogen hat. Die Fraktion SP/JUSO kann erst im August eine neue Kandidatur melden.

Ordentliche Traktanden

1 Einbürgerungsgesuche vom 22. Mai 2001

Antrag Nr. 95

1. Gemeinderat und stadträtliche Einbürgerungskommission beantragen, den Nachgenannten Bewerberinnen und Bewerbern, gestützt auf die einschlägigen Bestimmungen, das Bürgerrecht der Stadt Bern zuzusichern.
2. Das Gesuch Nr.13 ist nicht zu behandeln, da es im Laufe des Verfahrens Veränderungen gegeben hat, die weitergehende Abklärungen benötigen.

Der Präsident der Einbürgerungskommission *Andreas Krummen* (SP): Ich komme zu einem zweiten Fall. Seit ich dabei bin, ist es das zweite Mal, dass die EBK ein Gesuch zur Ablehnung empfiehlt. Es handelt sich um Gesuch Nr. 26, das nach Gemeindereglement Art. 6 über die Erfordernisse zur Aufnahme in das Gemeindebürgerrecht nicht erfüllt ist. Deshalb hat die EBK dieser Person empfohlen, das Gesuch zu sistieren, sie hat jedoch darauf beharrt. Die EBK hat das Gesuch mit 4 : 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Die anderen Gesuche betreffen Schweizerinnen und Schweizer, 2 Personen, von denen die eine dem Stadtrat nicht ganz unbekannt ist. Wir empfehlen sie zur Annahme. Dann die Ausländerinnen und Ausländer: Die Gesuche 3 bis 12, 14 bis 25 und 27 bis 32 werden von der EBK mit 7 : 0 Stimmen ebenfalls zur Annahme empfohlen. Es sind 28 Gesuche, die 56 Personen umfassen: 28 Erwachsene, 10 Jugendliche und 18 Kinder.

Ausgeteilte Stimmzettel	69
Eingelangte Stimmzettel	69
Davon leer oder ungültig	-
In Berechnung fallende Stimmzettel	69

Aus Datenschutzgründen dürfen die Namen der Bewerbenden nicht eingesehen werden.

3 Wahl des Vizepräsidiums der Reformkommission NSB

Der *Vorsitzende* dankt dem zurücktretenden Beat Schori (SVP) für die geleistete Arbeit. Die Fraktion SVP/JSVP hat auf eine Nachfolgekandidatur verzichtet und hat das Vizepräsidium der FDP-Fraktion abgetreten. Diese schlägt Markus Blatter (FDP) vor.

Beschluss

Markus Blatter (FDP) wird vom Rat einstimmig als neuer Vizepräsident der Reformkommission NSB gewählt. Der *Vorsitzende* wünscht alles Gute im neuen Amt.

4 Ersatzwahl in die Abgeordnetenversammlung des Spitalverbands

Antrag Nr. 105

Der Stadtrat nimmt unter Verdankung der geleisteten Dienste Kenntnis vom Rücktritt von Kurt Mäusli, Mühledorfstrasse 1/21, 3018 Bern, aus der Abgeordnetenversammlung des Spitalverbands.

An seiner Stelle wird für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis am 31. Dezember 2002, gewählt:

Alfred Pauli (SP), 1943, Gesamtleiter der kantonalen Sprachheilschule Münchenbuchsee, Chutzenstrasse 67, 3007 Bern

Der *Vorsitzende* war selbst einige Jahre im Spitalverband und weiss aus eigener Erfahrung, welch grosse Arbeit Kurt Mäusli in der Abgeordnetenversammlung geleistet hat. Er hat wesentlich dazu beigetragen, die Strukturen des Spitalverbands zu schaffen und zu optimieren. Dafür gebührt ihm entsprechenden Dank. An seiner Stelle schlägt die SP Herrn Alfred Pauli, Jahrgang 43, Gesamtleiter der kantonalen Sprachheilschule Münchenbuchsee vor.

Beschluss

Alfred Pauli wird als neuer Abgeordneter der Stadt Bern im Spitalverband einstimmig gewählt.

5 Ausgliederung des EWB und der GWB zum selbständigen Gemeindeunternehmen „Städtische Werke Bern (SWB)“; Abstimmungsbotschaft

Antrag Nr. 72

Der Stadtrat bereinigt und genehmigt die Abstimmungsbotschaft betreffend Ausgliederung des EWB und der GWB zum selbständigen Gemeindeunternehmen „Städtische Werke Bern (SWB)“.

Rudolph Schweizer (SVP) erläutert die folgenden von der GPK einstimmig gefassten *Anträge*:

Seite 2: Ergänzen des Kästchens „Mehr Information“ mit e-mail- und Internet-Adresse.

Seite 3, Absatz „Sicherung von Arbeitsplätzen“ ergänzen:

Die überwiegende Mehrheit der Mitarbeitenden ...

Seite 8, Bildlegende ergänzen:

.. Ablesung von Strom-, **Gas- und Wasserzählern**

Seite 11, streichen des Ausrufezeichens in der Überschrift:

„Die Ausgliederung sichert Arbeitsplätze“

Seite 12, Bildlegende neu:

Die vertragsschliessenden Personalverbände und die überwiegende Mehrheit der Mitarbeitenden unterstützen die Vorlage.

Seite 16, Kapitel „Aufsicht und Kontrolle“ ergänzen:

... Anhörungen durchführen (**Art. 24, Abs. 4**).

Seite 18, Mehrheits- und Minderheitsstandpunkte im Stadtrat:

Das Ratsbüro wird beauftragt, die Argumente neu zu formulieren (Konkretisierung Mehrheits- und Ergänzung Minderheitsstandpunkte)

Auf Seite 8 sollte in der Bildlegende auch das Wasser erwähnt werden. In Artikel 24 Absatz 4 steht: Die Berichte der Revisionsstelle stehen den Mitgliedern der zuständigen stadträtlichen Kommission zur Einsichtnahme zur Verfügung. Wir haben weiter über Seite 18, die Mehrheits- und Minderheitsstandpunkte diskutiert. Das Ratsbüro wird beauftragt, die Argumente neu zu formulieren, die Mehrheitsstandpunkte zu konkretisieren und noch mehr Minderheitsstandpunkte hinzuzunehmen. In den Protokollen wird da noch etwas zu finden sein. In diesem Sinne bittet die GPK, der Botschaft so zuzustimmen.

Fraktionserklärungen

German Kalbermatten (CVP) für die CVP/ARP-Fraktion: Unsere Fraktion begrüsst, dass die Botschaft heute beraten wird. Wir gehen davon aus, dass das Geschäft zu Händen der Volksabstimmung verabschiedet wird. Der Stadtrat gibt den Weg frei, dass die Stadtbevölkerung am 22./23. September über die Vorlage befinden kann. Nachdem sich der Rat am letzten Donnerstag für die Behandlung des Geschäfts ausgesprochen hat, appellieren wir an die unterlegenen Ratsmitglieder, den Entscheid zu respektieren und die Beratung nicht weiter zu verzögern. Die Grundlage zur Botschaft bildet das Reglement der Städtischen Werke Bern, das wir am 15. März mit 53 : 3 Stimmen zur Annahme empfohlen haben. Die Botschaft soll die Informationen des Reglements verständlich aufzeigen. Wir betrachten den vorliegenden Entwurf als geeigneten Vorschlag, der in seinen Grundsätzen nicht mehr abgeändert werden soll. Wir werden alle ergänzenden Anträge unterstützen. Anträge, die verfälschen, müssen wir ablehnen. Zu den Mehrheits- und Minderheitsstandpunkten: Sie sollen im Sinne einer kurzen Darstellung die Diskussionen und Mehrheitsverhältnisse im Rat widerspiegeln. Es hat sich in allen Vorlagen bewährt, die Aufgabe dem Ratsbüro zu delegieren. Gemäss Art. 12 Abs. 5 des Geschäftsreglements ist das Büro für die Formulierung zuständig. Wir erachten es als unbegründet, bei dieser Vorlage von den Erfahrungen abzuweichen. Der Anteil der Ja- und Nein-Stimmen soll bei den Argumenten jeweils berücksichtigt werden. Unsere Fraktion beantragt, dass das Kapitel wie bisher dem Ratsbüro zur Formulierung delegiert wird.

Für die Fraktion GB/JA!/GPB *Catherine Weber (GB)*: Unsere Fraktion ist nicht einverstanden mit German Kalbermatten. Wir haben in der GPK einige Male diskutiert, ob wir für die Seite 18 Anträge stellen oder behandeln dürfen. Es geht um einen Jahrzehnt-Entscheid. Deshalb ist es wichtig, dass die Argumente gegen die Vorlage wirklich gut formuliert werden. Die vorliegenden Argumente für die Vorlage sind auch nicht das Gelbe vom Ei. Wir sind überzeugt, dass es um ein wichtiges Geschäft geht. Auch wenn die Botschaft allein die Abstimmung nicht entscheiden wird, muss es noch ein wenig ausführlicher dargestellt werden. In diesem Sinne unterstützen wir den Antrag der GPK.

Eva von Ballmoos (GFL) für die GFL/EVP-Fraktion: Wir sind auch froh, die Botschaft heute verabschieden zu dürfen. Den Anträgen der GPK können wir zustimmen. Zu den Mehrheits- und Minderheitsstandpunkten: Aus der Kantonsverfassung kommt die Pflicht zu Objektivität, Sachlichkeit und Vollständigkeit bei Abstimmungsvorlagen. Deshalb verstehen wir den Antrag, bei den Gegenargumenten Ergänzungen anzubringen. Wir finden es richtig, dass diese Angelegenheit dem Ratsbüro übergeben wird. Ich bitte das Ratsbüro, bei der Gewichtung auch die Mehrheitsverhältnisse einzubeziehen. Schliesslich haben wir die Vorlage mit nur 3 Gegenstimmen verabschiedet.

Einzelvoten

Daniele Jenni (GPB): Nach Kantonsverfassung sind die Für- und Gegenargumente nach den Vorgebrachten zu gewichten. Es ist nicht vorgesehen, nach der Anzahl Gegenstimmen zu gewichten. Es wäre falsch, das zu tun, weil man die Stimmbürgerschaft als bevormundungspflichtig betrachten würde. Wenn die Argumente so aufgeführt werden, wie sie vorgebracht wurden, so können die Stimmberechtigten so entscheiden, wie sie es für richtig erachten.

Direktor für Hochbau, Stadtgrün und Energie *Adrian Guggisberg* für den Gemeinderat: Ich danke für die Beratung des Geschäfts. Catherine Weber hat noch einmal ihre Kritik zur Gestaltung der Seite 18 geäußert. Der Gemeinderat hält sich aus dieser Diskussion heraus, der Stadtrat soll entscheiden, wie er mit diesem Abschnitt umgehen will. Die übrigen Anträge der GPK nimmt der Gemeinderat entgegen.

Beschlüsse

1. Der Antrag GPK zu Seite 2 wird stillschweigend genehmigt.
2. Der Antrag GPK zu Seite 3 wird mit 58 : 1 Stimmen genehmigt.

Hans-Ulrich Suter (FDP) zu Seite 7: Es geht um die Bildlegende zum Dotierkraftwerk Engehalde. So wie das Bild wiedergegeben ist, zeigt es das Stauwehr Engehalde, das Dotierkraftwerk ist gar nicht sichtbar. Ich beantrage, ein Bild, das das Dotierkraftwerk zeigt, zu publizieren.

Beschluss

Der Antrag Suter wird mit 48 : 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.

Beschlüsse

1. Der Antrag GPK zu Seite 8 wird stillschweigend genehmigt.
2. Der Antrag GPK zu Seite 11 auf Streichung des Ausrufezeichens wird mit 48 : 2 Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.
3. Der Antrag GPK zu Seite 12 (Bildlegende) wird mit 56 Stimmen ohne Gegenstimme genehmigt.
4. Der Antrag GPK zu Seite 16 wird stillschweigend genehmigt.

Der Antrag GPK zu Seite 18 liegt in der Kompetenz des Ratsbüros. Der *Vorsitzende* gibt im Namen des Ratsbüros bekannt, dass die Kommentare zur Kenntnis genommen werden. Das Ratsbüro wird nach bestem Wissen und Gewissen die Pro- und Kontra-Argumente in der üblichen Art und der möglichsten Klarheit zum Ausdruck kommen lassen.

Schlussabstimmung

Die bereinigte Abstimmungsbotschaft wird vom Stadtrat mit 58 : 0 Stimmen bei 6 Enthaltungen genehmigt.

6 Umbau der Kindertagesstätte (KITA) Gäbelbach; Baukredit

Antrag Nr. 58

1. Die Vorlage betreffend Umbau der Kindertagesstätte Gäbelbach wird genehmigt. Vorbehalten bleiben Änderungen, die sich bei der Ausführung als notwendig erweisen und die den Gesamtcharakter des Vorhabens nicht verändern.
2. Für die Ausführung wird ein Kredit von Fr. 539 000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 391.503.412.1, bewilligt. Beiträge Dritter sind für Abschreibungen zu verwenden.
3. Der Gemeinderat wird beauftragt, diesen Beschluss zu vollziehen.

Die Fraktion SP/JUSO beantragt die Rückweisung des Geschäfts.

Die Fraktion GFL/EVP beantragt die Verschiebung des Geschäfts.

Sabine Schärner (SP) begründet den Rückweisungsantrag der Fraktion SP/JUSO: In diesem Bereich, stellen wir nicht gerne solche Anträge. Normalerweise würden wir das Geschäft mit Freuden unterstützen. Wir befürworten nicht nur den Ausbau von Kindertagesplätzen, sondern auch den Unterhalt der bestehenden Anlagen. Wir gehen davon aus, dass auch bei einer Rückweisung des Geschäfts die dringend notwendigen Sanierungen ausgeführt werden können, da sie in der Finanzkompetenz des Gemeinderats liegen. Der Rückweisungsantrag hat andere Gründe: Im Bereich der Zentrumsüberbauung Gäbelbach gibt es verschiedene Bauvorhaben und Planungen. Zum einen das kantonale Projekt, das weitreichende Folgen für die gesamte bestehende Zentrumsüberbauung und die KITA hat. Auch die Eigentümerin des Ladenzentrums. Die Gäbelbach Immobilien AG macht ihrerseits Abklärungen über die sinnvolle Neugestaltung des Ladenzentrums. Richtigerweise will sie die Chance einer neuen Verbindung der alten Quartiere Holenacker und Gäbelbach mit den neuen Quartierteilen Brünnen nutzen. Da die KITA und die Kindergärten im ersten Stock des Ladenzentrums Gäbelbach auf dem Zugangsniveau des neuen Ansermetplatzes und so an der einzig möglichen Andockstelle liegen, müssen sie möglicherweise verlegt werden. Offenbar hatten die Planenden des KITA-Umbaus noch keine Kenntnisse der Studien der Gäbelbach Immobilien AG. Ich bin per Zufall darauf gestossen, in der Vorlage wird nicht darauf eingegangen. Es macht wenig Sinn, unter so ungewissen Umständen einem Umbaukredit zuzustimmen. Gewisse Fragen stellen sich im KITA-Projekt, im Projekt des Kantons am Ansermetplatz und im Projekt der Gäbelbach Immobilien AG. Sind in irgendeiner Funktion bereits städtische Stellen involviert oder informiert? Weshalb hat die Kommunikation nicht geklappt? Dass von privater Seite so lange mit verdeckten Karten gespielt wird, dient der Sache schlecht. Wäre der Kredit, wenn er unwidersprochen genehmigt worden wäre, innerhalb kurzer Zeit zur Makulatur geworden? Wir sind nicht auf der Suche nach Schuldigen, es ist wichtig, dass aus dieser Informationspanne die richtigen Schlüsse gezogen werden. Offensichtlich besteht Koordinationsbedarf. Es ist dringend nötig, die Planungen aller in Gäbelbach, Holenacker und Brünnen involvierter Bauträger unter der Führung der Stadt zu koordinieren. Deshalb haben wir folgende Forderungen gestellt: Zur Sicherung der Erstellung und des Betriebes der Infrastrukturen des neuen Quartiers, die zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gemäss Art. 2 bis 21 GO nötig sind, muss

die hoheitliche Stadt jetzt Einfluss nehmen. Ein Grund dafür liegt auf der Hand: Sie ist Eigentümerin von annähernd der Hälfte des Wohnbaulandes in Brünnen. Sie muss rasch handeln, da bis zur Fertigstellung der ersten Etappe der Wohnbauvorhaben in 4 Jahren eine Menge Fragen zu klären sind. Die Stadt definiert weiter die notwendigen Dienste unter Einbezug der bisherigen Angeboten in einem „Sachplan öffentliche Einrichtungen“ als Basis für die Information und Koordination aller Beteiligten und Betroffenen. Viele dieser Anliegen sind bereits vorhanden oder in Vorbereitung. Wir wollen auch nicht den Eindruck erwecken, dass die geleistete Arbeit nicht zu schätzen wäre. Es ist nun jedoch an der Zeit, dass die Koordination der Gesamtplanung Brünnen an Dynamik gewinnt. Dazu braucht es klare Aussagen der Stadt. Die SP/JUSO-Fraktion lehnt den Umbaukredit *contre coeur* ab und verlangt, dass rasch mit allen Beteiligten kommuniziert wird. Wir beantragen die Rückweisung des Geschäfts.

Verena Furrer-Lehmann (GFL) begründet den *Verschiebungsantrag* der Fraktion GFL/EVP: Die Situation ist recht verworren. Wir sind ein wenig erstaunt, weil wir das Geschäft seit einem halben Jahr in der GPK hatten und die Situation heute Nachmittag komplizierter denn je ist. Das Geschäft ist unserer Fraktion wichtig. Der Baukredit beinhaltet zwei Elemente, die Hälfte ist für die dringliche Sanierung des Daches und die Behebung der Wasserschäden vorgesehen. Das ist nötig, der Gemeinderat kann diesen Kredit in eigener Kompetenz bewilligen. Das zweite Element des Kredits ist die Sanierung des Innenraumes, eine Umstrukturierung, die erlaubt, 5 zusätzliche KITA-Plätze zu schaffen. Es ist deshalb sehr wichtig, weil wir als Parlament den Auftrag haben, den dringenden Platzbedarf im externen Kinderbetreuungs Bereich zu sichern. Die Planungen dort müssen konkretisiert, bewilligt und finanziert werden, dann muss noch gebaut werden. Wir wollen auch kein Geld verschwenden. Wenn es sich also erweist, dass das Projekt nur eine dreijährige Lebensdauer hat, würden wir dem Kredit nicht zustimmen. Andererseits wollen wir nicht riskieren, dass unter Umständen 10 Jahre auf ein vernünftiges Angebot in der externen Kinderbetreuung gewartet werden muss. Deshalb stellen wir den Antrag, das Geschäft zu verschieben. In den Sommerferien hat der Gemeinderat genügend Zeit, sich zu informieren, in welcher Art die Planungen die KITA tangieren würden. Nach dem Votum des Gemeinderats will ich beliebt machen, dass sowohl unsere wie die SP/JUSO-Fraktion die Anträge noch einmal diskutieren und allenfalls zurückziehen würden.

Fraktionserklärungen

Für die SVP/JSVP-Fraktion *Beat Schori* (SVP): Es geht um einen Baukredit. Wir sind uns einig, dass dort renoviert werden muss. Unsere Fraktion würde der Verschiebung zustimmen, wenn nicht noch gewichtige Voten von Seiten der Gemeinderätin kommen. Bei der Rückweisung sind wir der Meinung, dass mit der Auflage, das Dach trotzdem zu renovieren, das Geschäft teurer wird. Deshalb ist es sinnvoller, das Geschäft zu verschieben und seriös vorzubereiten. Wenn der Gemeinderat gute Argumente bringt, werden wir uns gegebenenfalls auch neu positionieren, sonst stimmen wir dem Antrag der GFL/EVP zu.

Catherine Weber (GB) für die Fraktion GB/JA!GPB: Ich wäre als GPK-Sprecherin zu diesem Geschäft vorgesehen gewesen, doch nun spreche ich im Namen der Fraktion. In der GPK haben wir den Rückweisungsantrag der SP nicht behandeln können, da wir leider nicht über diese Informationen verfügten. Unsere Fraktion ist auch der Meinung, dass eine Rückweisung des Geschäfts, das in der GPK unbestritten war, ein falsches Signal setzt. Allen Parteien ist klar, dass wir zwingend neue Krippenplätze schaffen müssen. Eine Rückweisung würde uns an den Anfang zurückwerfen. Unsere Fraktion unterstützt den Verschiebungsantrag der GFL/EVP-Fraktion mit der Bedingung, dass der Gemeinderat sich sofort darum kümmert, was da los ist. Ich möchte von der Gäbelbach Immobilien AG, die im Stadtrat vertreten ist, gerne

hören, was tatsächlich geplant ist. Ich finde es einen Affront gegenüber der GPK und auch dem Hochbauamt, welches mit der Gäbelbach Immobilien AG wegen des Daches verhandelt hat. Man hat ihnen nichts von einer Planung gesagt. Die Frage stellt sich auch rechtlich, die Stadt hat die Liegenschaft im Baurecht, der Vertrag lässt sich nicht von heute auf morgen kündigen. Wir hoffen, dass die SP ihren Rückweisungsantrag zugunsten des Absetzungsantrages zurückzieht. Das Gemauschel, das in den letzten Monaten offenbar stattgefunden hat, sollte auf keinen Fall auf Kosten der KITA gehen. Die Betreuenden warten seit 10 Jahren auf den Innenumbau, es wäre nun an der Zeit, die Sache anzupacken. Eine Information an Beat Schori: Das Dach und der Innenausbau lassen sich sehr wohl separat machen, das wäre sowieso vorgesehen gewesen.

Direktor für Hochbau, Stadtgrün und Energie *Adrian Guggisberg*: Ich bin sehr erstaunt über den Rückweisungsantrag. Wir haben das Geschäft seit längerer Zeit bearbeitet und nachgebessert. Es ist nicht erst ein Jahr alt, sondern wahrscheinlich deren 10. Eine weitere Verschiebung geht klar zu Lasten der Kinder und der Betreuungspersonen. Das Geschäft wurde immer zurückgestellt, weil das Geld fehlte, nun soll es ein weiteres Mal verschoben werden. Materiell handelt es sich um eine Umwandlung des Geschäfts, die unterbreitete Bauvorlage wird in eine Planungsvorlage verwandelt. Das bringt einige Probleme mit sich. Frau Schärrier sagte, es sei eine Planungs- und Koordinationsvorlage unter Einbezug aller Beteiligten auszuarbeiten. So wird das Geschäft sicher um mehrere Jahre verzögert. Wir haben die Bauvorlage sorgfältig ausgearbeitet, damit sie heute bewilligt werden kann. Nach dem Telefonat heute mit der Information über den Rückweisungsantrag habe ich mich bei der Gäbelbach Immobilien AG erkundigt, was es mit dieser Planung auf sich hat. Ich erhielt die Auskunft, dass es sich zu diesem Zeitpunkt lediglich um eine Idee handelt. Nächste Woche wird die Gäbelbach Immobilien AG zusammenkommen und hoffentlich vertieft über das Geschäft sprechen. Es ist möglich, dass wir nach den Ferien mehr wissen. Unsere Vorlage stützt sich auf den Baurechtsvertrag aus dem Jahr 1968, in dem ein Baurecht bis ins Jahr 2036 eingeräumt wird. Der Vertrag ist nicht vorher kündbar. Deshalb finde ich, dass man über das Geschäft befinden sollte, nach den Ferien werden wir nicht viel mehr wissen. Im weiteren ist es der Stadt Bern unbenommen, eine solche Koordinationsplanung zu machen, mit der Rahmenbedingung, dass die KITA dort bleibt. Zu der Dachsanierung: Klar liegt der Kredit von ungefähr Fr. 230 000.00 für das Dach in der Kompetenz des Gemeinderats. Es wäre ein schlechtes Zeichen nur das Dach zu sanieren und damit zu signalisieren, dass man es in Kauf nehmen würde, wenn man gehen müsste. Der neue Sachverhalt ist heute Mittag aufgetaucht, wir haben uns am Nachmittag bemüht, abzuwägen. Aufgrund aller Information möchte ich dem Stadtrat beantragen, den Rückweisungsantrag wie auch den Verschiebungsantrag abzulehnen, über das Geschäft zu befinden und diesem zuzustimmen.

Ursula Begert, Direktorin für Soziale Sicherheit: Es ist das zweite Mal in meiner Zeit als Parlamentarierin oder Gemeinderätin, dass ganz kurzfristig eine solch tiefgreifende Änderung hierher gebracht wird. Das erste Mal war ich die Urheberin, als es um ein grosses Computerprojekt ging. Ich hatte an diesem Morgen zufällig erfahren, dass die Firma Konkurs gegangen war. Wenn ich die Begründung dieser Rückweisung höre, habe ich Mühe damit. Wir dürfen kein Geld in den Sand setzen. Wenn wir im Zusammenhang mit der Sanierung der KITA die ganze Brünnenplanung auf den Tisch legen sollten, würde das noch sehr lange dauern. Die Planung ist im Gange, die Baufelder sind bestimmt, wir sind darüber orientiert. Der Ansermetplatz tangiert die bestehenden Wohnhäuser in keiner Art. Wir haben von Herrn Sulzer Formulare zugestellt erhalten, in denen er sich nach unserem Bedarf an Kinder- und Alterseinrichtungen etc. erkundigt. All die Bedürfnisse, die sich in dieser Überbauung ergeben, hat man in groben Zügen eingeben können. Aber das ist alles erst in Planung! Nun haben wir

eine wirklich sanierungsbedürftige KITA. Wie bereits gesagt wurde, können wir dort danach auch mehr Kinder betreuen. Das Geschäft wurde im Übrigen bereits beim Kanton eingegeben, der es in dieser Grössenordnung gutgeheissen hat. Nach den Ferien wissen wir nicht viel mehr, deshalb sollte man das Geschäft verabschieden. Ich bin fast sicher, dass die KITA in seiner bestehenden Form noch relativ lange steht. Daneben haben wir ein Baurecht bis ins Jahr 2036, das man nicht einfach auflösen kann. Es sind Gründe genug vorhanden, der Sanierung in dieser Form zuzustimmen, zumindest die Böden müssten mit dem Dach gemacht werden. Wenn dann die Böden und die Decke gemacht sind, ist der Rest ein kleiner Teil.

Einzelvoten

Sabine Schärner (SP): Es ist keine freudvolle Sache, die ich da übernommen habe. Die wenigsten von den Anwesenden hätten, wenn sie am Wochenende zufällig von einer Sache erfahren hätten, die am Donnerstag darauf im Stadtrat traktandiert ist, einfach denken können, dass es schon gut komme. Es geht um zwei verschiedene Dinge. Wenn verstanden wurde, dass die KITA erst saniert werden kann, wenn alle Brückenplanungen auf dem Tisch liegen, so ist das falsch. Die Meinung ist, dass eine ordnende Hand von Seiten der Stadt das Hauptanliegen ist; die KITA ist nur der Aufhänger dafür. Auf der anderen Seite existieren im Ladenzentrum Gäbelbach zwei Projekte: Das KITA und die Verbesserung der Situation für das Ladenzentrum. Die Projekte sind in einem direkten Interessenkonflikt, der heute auf dem Tisch liegt. Wie der Konflikt gelöst werden kann, ist momentan nicht zu sagen. Alle brauchen ein wenig Spielraum und die gemeinsame Diskussion. Wenn die Probleme, die das Quartier erschliessungsmässig hat, nur mit dem Freiraum dort zu lösen sind, müsste man der Gäbelbach Immobilien AG den Spielraum erhalten, da es im Interesse eines ganzen Quartiers wäre. Die Planungen sind ein bisschen weiter gediehen als nur zu einer Idee. Ich weiss auch, dass noch nichts entschieden ist, das habe ich auch nicht unterstellt. Andererseits ist ein Koordinationsmanko vorhanden. Das wäre schon ein Ziel, das man sich bis zur nächsten Stadtrats-sitzung setzen könnte. In Abhängigkeit der Entscheidung der Gäbag könnte der Kredit so portioniert werden, dass er genehmigt werden könnte. Wir würden der Verschiebung der Fraktion GFL/EVP zustimmen und den Rückweisungsantrag zurückziehen.

Ueli Stüchelberger (GFL): Heute sind Fragen aufgeworfen worden, die nur teilweise von den beiden Voten des Gemeinderats geklärt worden sind. Wir halten an unserem Verschiebungsantrag fest. Damit gibt es keine grosse Verzögerung. Nach den Ferien werden wir mehr wissen, weil die Gäbag eine Sitzung angesetzt hat. In unserer Finanzlage darf man wissen, wie die Ausgangslage ist, dann können wir mit mehr Sicherheit über den Kredit befinden. Die offenen Fragen kann der Gemeinderat in den Sommerferien abklären, dann können wir gestützt auf eine seriöse Ausgangslage über den Kredit abstimmen.

Direktor für Hochbau, Stadtgrün und Energie *Adrian Guggisberg*: Ich weiss nicht, wieviel in den Ferien abgeklärt werden kann. Es ist Ferienzeit, wir werden uns selbstverständlich bemühen, aber nicht dass sich der Rat Illusionen macht, dass über die Sommerferien alles klar wird. Ich möchte niemanden enttäuschen, falls der Verschiebungsantrag obsiegen sollte. Mir ist nicht klar, weshalb da zwei Projekte kollidieren. Bisher wurde die Brückenplanung auf die vorhandenen Bauten im Gäbelbach abgestützt. Es wurde auch gesagt, dass man sie beleben wolle, es war jedoch nie die Rede, dass es da riesige Veränderungen geben solle.

Beschluss

Der Verschiebung des Geschäfts wird mit 50 : 14 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

7 Dringliche sicherheitsbedingte Erneuerung der Wasseranlage in der Kramgasse; Kreditaufstockung

Antrag Nr. 79

1. Für die Mehrkosten bei der dringlichen sicherheitsbedingte Erneuerung der Wasseranlage in der Kramgasse wird der zu Lasten der Investitionsrechnung GWB bewilligte Kredit von Fr. 50 000.00 um Fr. 57 788.50 auf Fr. 107 788.50 erhöht.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Für die GPK *Verena Furrer-Lehmann* (GFL): Bei dem Geschäft geht es um eine dringliche sicherheitsbedingte Massnahme, um eine Vorwegnahme einiger Massnahmen, die im Rahmen der Gesamtsanierung Kramgasse und Gerechtigkeitsgasse in 1 bis 2 Jahren vorgenommen werden sollten. Das Geschäft ist wegen eines formalen Grundes überhaupt im Stadtrat. Am 13. Januar 2000 haben wir für die dringliche Massnahme einen Kredit bewilligt, Fr. 610 000.00 für die Gasanlage und Fr. 50 000.00 für die Wasseranlage. Getrennt war der Kredit, weil das GWB-Reglement dies so vorsieht. Beide Kreditabrechnungen liegen heute im Entwurf vor. Die Gasabrechnung schliesst mit Minderkosten von Fr. 96 634.00 ab, die Wasserrechnung hingegen schliesst mit Mehrkosten von Fr. 57 788.00 ab. Gesamthaft haben wir eine Kreditunterschreitung des seinerzeitigen Antrages. Ich habe mit dem Finanzinspektorat abgeklärt, weshalb wir nur die Wasserabrechnung vorgesetzt erhalten. Jede Kreditaufstockung sei zuerst im Stadtrat zu holen, erst danach könne eine Gesamtabrechnung zuhanden der FIKO und des Stadtrats erstellt werden. Das Geschäft heute ist ein Zwischenschritt zu einer Gesamtabrechnung. Die Begründung der Mehrkosten ist dem Vortrag zu entnehmen. Die effektiven Mehrkosten betragen ungefähr 10 000 bis 12 000 Franken. Das ist der Anteil à-fonds-perdu-Kosten. Die restlichen 45 000 Franken sind Vorleistungen an die Gesamtsanierung, die zu Einsparungen führen werden. Im übrigen wird ein Grossteil der Kreditaufstockungen durch Beiträge der Hauseigentümer für private Anschlüsse wieder in die Rechnung der GWB zurückfliessen. Die GPK empfiehlt einstimmig, den bewilligten Kredit von Fr. 50 000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung GWB um Fr. 57 788.50 zu erhöhen.

Beschluss

Die Kreditaufstockung wird mit 48 Stimmen ohne Gegenstimme genehmigt.

Die Sitzung wird um 18.55 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Christoph Stalder*

Die Protokollführerin: *Anna Tschannen*